

22. Wahlperiode

Zusatzantrag zu Drs. 11762

der Abgeordneten Sina Aylin Koriath, Maryam Blumenthal, Miriam Block, Filiz Demirel, René Gögge, Dr. Adrian Hector, Sina Koriath, Farid Müller, Ivy May Müller, Lena Zagst, Peter Zamory (GRÜNE) und Fraktion

und

der Abgeordneten Annkathrin Kammeyer, Nils Hansen, Julia Barth-Dworzynski, Astrid Hennies, Clarissa Herbst, Claudia Loss, Vanessa Mohnke, Anja Quast, Philine Sturzenbecher, Juliane Timmermann, Sven Tode, Dr. Isabella Vértes-Schütter (SPD) und Fraktion

Betr.: Hamburg stärkt die Lehrer*innenausbildung – Lehrer*innenmangel durch gute Startbedingungen begegnen

Der Lehrer*innenmangel ist bundesweit das vorherrschende Thema. Eine repräsentative Befragung unter Schulleitungen machte zuletzt deutlich, dass der Lehrer*innenmangel aktuell als das größte Problem in Schulen gesehen wird. Bundesweit thematisieren Lehrkräfte, dass sie Schüler*innen beim Lernen nicht mehr ausreichend unterstützen können; an jeder zweiten Schule wurden Schulentwicklungsprozesse gestoppt, um das Personal zu entlasten. Auch wenn die Lage in Hamburg nicht derartig zugespitzt ist, soll einer solchen Entwicklung in Hamburgs Schulen möglichst frühzeitig präventiv begegnet werden. Da aufgrund der demographischen Lage damit zu rechnen ist, dass sich der Mangel an Lehrkräften in den nächsten Jahren auch auf Hamburg auswirken wird, sind Maßnahmen zur Stärkung des Lehrer*innenberufes und insbesondere auch der universitären Ausbildung notwendig.

Den Regierungsfractionen ist es daher ein besonderes Anliegen, den universitären Ausbildungsweg zur*zum Lehrer*in in Hamburg weiterhin unterstützend und vielfältig zu gestalten und dabei die Attraktivität dieser Angebote zu steigern. Wichtige Aspekte sind daher vor allem, die Steigerung der Auslastung der Lehramtsstudiengänge an der Universität Hamburg sowie das Studieninteresse insgesamt zu steigern.

Fortführend ist zu berücksichtigen, dass der demographischen Entwicklung in der Lehrkräfteausbildung nur dann adäquat kurzfristig begegnet werden kann, wenn der Zugang zum Lehrkräfteberuf um alternative Zugangsmöglichkeiten ergänzt werden kann. So bedarf es einer Entwicklung von alternativen Ausbildungsstrukturen in den Lehrer*innenberuf.

Laut statistischem Bundesamt war die Zahl der Studienanfänger*innen in Lehramtsstudiengängen – erstmals seit dem Studienjahr 2015/2016 – wieder rückläufig: Im Studienjahr 2021/2022 begannen knapp 32.300 Personen ein Lehramtsstudium – das waren 13,7 Prozent weniger als im Studienjahr 2020/2021. Der Rückgang fiel dabei deutlich stärker aus als der demografische und pandemiebedingte Rückgang bei den Studienanfänger*innen aller Studiengänge (-3,7 Prozent). Unter Hinzunahme der demografischen Entwicklung ist entsprechend damit zu rechnen, dass sich diese Entwicklung auch bis 2030 noch weiter fortsetzen wird. Das Feld der Lehrkräftebildung ist hiervon überproportional betroffen, sodass besondere Anstrengungen erforderlich sind, um weiterhin junge Menschen für den Beruf der* des Lehrer*in zu interessieren.

Im Ergebnis muss es somit durch weitere parallele Maßnahmen wie beispielsweise eine Imagekampagne gelingen, eine Steigerung der Bewerbungszahlen in Hamburg herbeizuführen – auch wenn derzeit noch gute Bewerbungszahlen für die Lehramtsstudienplätze in Hamburg vorhanden sind.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Universität Hamburg unter Beachtung der Hochschulautonomie zu bitten, zum Wintersemester 2023/24 die erziehungswissenschaftlichen Studienplätze im Lehramt für die Sekundarstufe I und II zulassungsfrei zu stellen, sodass die Zulassungsbeschränkungen somit nur noch für einzelne Unterrichtsfächer gelten.
2. die Verteilung der Studienanfängerplätze an der Universität Hamburg in Lehramtsstudiengängen über das DoSV (dialogorientierte Serviceverfahren) spätestens ab dem Wintersemester 2025/26 zu ermöglichen.
3. die Universität Hamburg zu bitten, unter Berücksichtigung der Bedarfe der Behörde für Schule und Berufsbildung, das Studienangebot im Lehramt für Sonderpädagogik ab dem Wintersemester 2024/25 um weitere Studienanfängerplätze zu erweitern.
4. der Bürgerschaft einen Sachstandsbericht über das Anlaufen der in den Petitionspunkten 1 bis 4 dargelegten Maßnahmen bis zum 30.04.2024 vorzulegen,
5. zu prüfen, inwiefern unter Berücksichtigung der Bedarfe der Behörde für Schule und Berufsbildung ein weiterer Ausbau von Studienanfängerplatzkapazitäten in den unterschiedlichen Lehrämtern und in den unterschiedlichen Fächern ab dem Wintersemester 2024/25 ermöglicht werden kann.
6. weitere universitäre Qualifikationswege neben der grundständigen konsekutiven universitären Lehramts-Ausbildung zum Wintersemester 2024/25 anzubieten
7. eine Werbe- und Informationskampagne für den Lehrkräfteberuf zu entwickeln, um die Steigerung der Bewerber*innenzahlen zum Studium, zum Vorbereitungsdienst sowie für neue Qualifizierungswege zu ermöglichen.